

Anton Pelinka

Nach der Windstille

Eine politische Autobiografie

lesethek

Inhalt

Vorwort	7
1. Die einen und die anderen	13
2. Die Anfänge	16
3. Frühe Identifikation	20
4. Die Grenzen werden durchlässig	24
5. Die Schrecken von gestern	28
6. Politik als Anpassung	31
7. Kein „Freies Wort“	35
8. Demokratie – aber wie	39
9. Das Angebot	43
10. Die Ernüchterung	47
11. Die Ungnade	51
12. Das dritte Lager	55
13. Vorurteile und andere Nadelstiche	59
14. Politische Gewalt	63
15. Die Verlorenen	66
16. Heimat ist Tiefe	70
17. Verdrängungen	74
18. Zensuren	78
19. Diffamierungen	82
20. Windstille	86
1986: DAS ENDE DER ILLUSIONEN	93
21. Waldheim	104
22. Groer	109
23. Haider	114
24. Die Grünen	120
25. Langbein	125
26. Amerika	130

27. Indien	136
28. Die Sowjetunion	142
29. Europa	147
30. Sanktionen	152
31. Israel	158
32. Tirol	163
33. Budapest	169
34. Antifaschismus	174
35. Vranitzky und Androsch	180
36. Gedenken – Bedenken	185
37. Politikwissenschaft	191
38. Vom Frieden	196
ÖSTERREICHS ZUKUNFT: EUROPA – ODER WAS SONST?	203
Zum Ende	219
Literatur	233
Personenregister	237

Unabhängigkeitserklärung das Schlüsseldokument der Zweiten Republik, ist nicht 1945 das Jahr der Befreiung. Für die FPÖ sind es der Staatsvertrag und das Jahr 1955, denen diese Bedeutung zukommt – das Jahr, in dem Österreichs Befreier, die Alliierten, aus Österreich abzogen.

35. Vranitzky und Androsch

Mir war Franz Vranitzky schon längst ein Begriff, bevor ich Hannes Androsch kennen lernte. Allerdings traf Vranitzky mich persönlich erst Jahre später, nachdem Androsch mir auch bereits persönlich bekannt war. Denn Vranitzky hatte ich zuerst von den (spärlich besetzten) Zuschauertribünen österreichischer Basketballhallen aus bewundert, als er vor und nach 1960 der in dieser Zeit wohl beste Basketballer des Landes war. Androsch lernte ich kennen, als er 1967 jüngster Abgeordneter des österreichischen Nationalrates wurde.

Die beiden sind für mich wichtige Repräsentanten einer Entwicklung der Sozialdemokratie: von einer sich als Arbeiterpartei definierenden Bewegung zu einer Partei aller arbeitenden Menschen; von einer Klassen- zu einer Volkspartei. Beide prägten – Androsch noch in der Ära Kreisky, Vranitzky nach dieser – das Bild einer der erfolgreichsten Parteien Europas. Beide sind aber auch ein Beispiel für die Eigendynamik der Politik: Obwohl in vielem einander ähnlich, wurden sie schließlich zu Gegenspielern. Obwohl – oder vielleicht eben deshalb?

Als ich, in Zusammenarbeit mit Barbara Liegl, eine Studie über den Konflikt Kreisky – Androsch verfasste („Chronos und Ödipus“, Wien 2004), wurde mir klar, dass der sehr persönliche Gegensatz zwischen dem ehemaligen Bundeskanzler und Finanzminister Vranitzky und dem ehemaligen Vizekanzler und Finanzminister Androsch ein Stellvertreterkonflikt war. Androsch, der sich mit der Ära Kreisky inhaltlich voll identifizierte und seinen

Konflikt mit Kreisky als eine Art Missverständnis des bereits erkrankten Kanzlers sah, tendierte dazu, Vranitzky als einen Überschätzten zu sehen, der eine ihm eigentlich nicht zustehende Funktion als Regierungschef und Parteivorsitzender nur durch eine Abfolge von Zufälligkeiten erreicht hätte. Vranitzky wiederum sah sich von Androsch immer nur deshalb kritisiert, weil dieser nicht verwinden könnte, nicht selbst in die Fußstapfen Kreiskys getreten zu sein. Beide identifizierten sich, indirekt, mit Bruno Kreisky. Und beide sahen im jeweils anderen den Konkurrenten – um die Gunst Kreiskys?

Natürlich begründen die beiden in ihren eigenen Darstellungen den Gegensatz auch und wesentlich anders, rationaler, ohne Rückgriffe auf die Psychologie. Es bleibt aber das Phänomen, dass beide, die stellvertretend für die tendenzielle Aussöhnung der Sozialdemokratie mit der Marktwirtschaft und mit der Öffnung der SPÖ zu Europa stehen, inhaltlich so vieles gemeinsam haben – und dennoch immer wieder demonstrieren, dass sie einander so gar nicht mögen.

Androsch hatte ich als leicht zugänglichen Menschen kennen gelernt, der in kleinem Kreis locker und offen war und so gar nichts von dem zeigte, was ihm in der Öffentlichkeit manchmal als „Arroganz“ nachgesagt wurde. Später wurde mir auch seine Verletzlichkeit bewusst: Dass er von Kreisky und Teilen der SPÖ mit einer solchen Konsequenz aus den Führungspositionen gedrängt worden war, hatte ihn tief getroffen und bis heute gezeichnet. Vranitzky lernte ich als einen vergleichsweise spröden Menschen kennen, dessen größere Förmlichkeit auch im Umgang mit den engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber den Vorteil hatte, dass er sich von Cliquenbildungen weitgehend fernzuhalten verstand.

Beide haben ein Bild von den USA, das frei ist von den nur zu oft üblichen antiamerikanischen Stereotypen der Linken. Mit beiden traf ich auch in den USA zusammen: Mit Vranitzky an der Harvard University, mit Androsch an der University of New

Orleans. Beiden merkte man an, dass sie sich – auch wegen ihrer guten Sprachkenntnisse – im Milieu amerikanischer Universitäten durchaus wohl fühlten. Vranitzky hatte ja auch bei TV-Auftritten in den USA in der Ära Waldheim punkten können, als er – eloquent und glaubwürdig – ein besseres Österreich vertrat als das, das der zumindest damals in den US-Medien herrschenden Meinung entsprochen hatte.

Beide waren, in der traditionellen sozialdemokratischen Fraktionslehre, „Rechte“. Sie vertraten in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einen undogmatisch-pragmatischen Zugang. Deshalb sahen sie in der europäischen Integration nicht die Bedrohung eines mehr oder weniger sozialistisch gefärbten österreichischen Sonderweges, sondern eine Chance, österreichische Interessen besser abzusichern, als dies bei einem Beharren auf einem Alleingang möglich gewesen wäre.

Dass beide etwa ab den späten 1980er Jahren trotz oder wegen der vielen Gemeinsamkeiten immer wieder ihre persönliche Abneigung gegeneinander demonstrierten, machte für mich deutlich, wie sehr der Faktor Persönlichkeit in die Politik hineinspielt; aber auch, wie sehr diesem Faktor Grenzen gesetzt sind.

Als ich mich mit Karl Renner beschäftigte („Karl Renner zur Einführung“, Hamburg 1989), war ich von der Persönlichkeit dieses Mannes, der zweimal den die Republik gründenden Regierungen vorgestanden hatte – 1918 und dann wieder 1945 –, fasziniert, aber auch irgendwie abgestoßen. Die offenkundige Leichtigkeit, mit der Renner bis 1918 die Reform der Monarchie betrieb und in der österreichischen Kriegswirtschaft ein zukunftsträchtiges Modell für den Sozialismus sah; mit der er 1918 für den Anschluss an die deutsche Republik eintrat, um dann aber rasch die von den Ententemächten aufgezwungene Eigenständigkeit zu akzeptieren; mit der er einen *modus vivendi* mit den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg suchte, nur um sich 1938 an die Nationalsozialisten in einer Form zu wenden, die wohl am besten mit dem Wort *Anbiederung* zu charakterisieren ist; mit der er im Frühjahr

1945 einen Brief an den „werten Genossen Stalin“ schrieb, in dem er versicherte, Österreichs Zukunft würde dem Sozialismus gehören, um dann aber sofort einen konsequent antikommunistischen Kurs zu verfolgen; mit der er seinen Deutschnationalismus durch einen neu- oder wiederentdeckten Österreich-Patriotismus überwand: Das alles machte ihn zu einer schillernden Figur. Das alles unterstrich eine intellektuelle Flexibilität erstaunlichen Ausmaßes. Das alles machte ihn aber auch zu der österreichischen politischen Figur, die von nahezu allen politischen Richtungen zitiert und beansprucht werden kann.

Doch Renner nur von einem moralisierenden Standpunkt aus zu beurteilen, greift zu kurz. Renner handelte aus den vorhandenen Gegebenheiten heraus. Er agierte immer auf dem Boden einer sich ständig ändernden Realität. Er entsprach dem Prototyp des Politikers, der akzeptiert, dass er Politik nur mit, aber nicht gegen die herrschenden Verhältnisse machen kann.

Diesem Typus bin ich auch bei meinen Studien zu Wojciech Jaruzelski („Jaruzelski oder die Politik des kleineren Übels“, Frankfurt 1996; US-Fassung: „The Politics of the Lesser Evil“, New Brunswick 1999) und Subhas Chandra Bose nachgegangen. Was ein Politiker kann und was er vermag, das ist nur in Grenzen von ihm abhängig. Die Demokratie aber ist gerade dadurch charakterisiert, dass sie ihrer Tendenz nach diese Grenzen sehr eng zieht. Genau das macht den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur aus: Die Möglichkeit, Politik zu definieren, ist in einer Demokratie vom Wahlerfolg abhängig; vom politischen Markt, der aber – jedenfalls in einer stabilen Demokratie – wiederum nur in geringem Ausmaß von der Politik oder von einzelnen Personen beeinflusst werden kann.

Renner konnte an Nahtstellen der österreichischen Geschichte handeln, an denen keine Routine vorgegeben, keine Rollen klar definiert waren; an denen nicht die Beraterinnen und Berater argumentieren konnten, eine bestimmte Äußerung, eine bestimmte Maßnahme würde bei Frauen über 50 oder bei aktiven Katholi-

kinnen und Katholiken unter 40 in urbanen oder in ländlichen Gebieten überaus schlecht ankommen, weshalb von ihr dringend abzuraten sei, da ja diese Gruppe von Wählerinnen und Wählern im Puzzlespiel der Stimmenmaximierung nicht gänzlich abgestoßen werden dürfe.

Es ist auch Teil des Erfolges der Zweiten Republik, dass sie nicht auf bestimmte Personen angewiesen ist, dass sie sich entpersonalisiert hat – entpersonalisiert in dem Sinn, dass das politische Führungspersonal austauschbar geworden ist. Was aber als Erfolgsbilanz angeführt werden kann, darf in der Öffentlichkeit nicht laut gesagt werden. Denn die Medien wollen, ja müssen die Politik personalisieren; und ein Gutteil der Wählerinnen und Wähler will sich mit Personen identifizieren. Die Zweite Republik braucht zu ihrem Glück keine starken Männer (oder Frauen), sie braucht professionell agierende Manager des politischen Geschäfts. Aber das darf nicht zugegeben werden, weil ein solcher Zustand der (letztlich vordemokratischen) Sehnsucht widerspricht, doch um Himmelswillen endlich den großen „leader“ vorgesetzt zu bekommen – das deutsche Wort ist im medialen „mainstream“ natürlich tabu.

Bruno Kreisky war Meister in der Kunst, diesen Widerspruch – scheinbar – aufzulösen. Er vermittelte Vertrauen, er strahlte Stabilität aus, und er genoss bei den Vertretern der gegensätzlichsten Interessen Glaubwürdigkeit. Katholische Bischöfe sahen ihre Interessen von Kreisky respektiert, ÖVP-Landeshauptleute konnten mit ihm „deals“ machen, ungeduldige Linke lobten bildungspolitische Fortschritte, und skeptische Konservative beobachteten erleichtert Kreiskys Vorsicht beim Umgang mit der Sozialpartnerschaft. Das, was Renner in höchst unruhigen Zeiten war, war Kreisky in – vergleichsweise – ruhigen: „a man for all seasons“.

Für die nächste Generation – für Vranitzky und Androsch eben – stellte sich die Ausgangslage schon wieder ganz anders dar. Die Sehnsucht nach dem „leader“ wurde zunehmend von populistischen Marktschreibern befriedigt, die vorhandene Vorurteile gegen die üblichen Sündenböcke nutzten: gegen „Ausländer“,

gegen Muslime, gegen „Sozialschmarotzer“, und – in Österreich seit 1945 selten offen ausgesprochen – gegen Juden. Diese Marktschreier verbrauchten sich aber zumeist schnell, weil sie Erwartungen weckten, die nicht erfüllbar waren. Das Rezept etwa, die Zahl der Arbeitslosen mit der Zahl der in Österreich beschäftigten Ausländer aufzurechnen und damit die Parole „Ausländer raus“ zu nähren, kann nicht funktionieren.

Marktschreier wollten weder Vranitzky noch Androsch werden. Das konnten sie wohl auch nicht. Und das spricht für sie beide. Beide haben, auf ihre Weise und zu unterschiedlichen Zeiten, viel für Österreich getan. Beide sind schon seit einiger Zeit in die Liga der „elder statesmen“ aufgerückt, der weisen älteren Herren, deren klugerweise nicht allzu oft gegebener Rat nicht als Dauerkommentar der Alten wahrgenommen wird – derjenigen, die nicht begreifen, dass ihre Zeit vorbei ist; sondern als eine Stimme der Vernunft von erfahrenen Personen, die kein bestimmtes Eigeninteresse mehr vertreten.

Persönlich finde ich es schade, dass Vranitzky und Androsch nicht miteinander „können“. Der Klub der weisen älteren Damen und Herren könnte an Gewicht gewinnen, würden die beiden auch – gelegentlich, sparsam – gemeinsam auftreten.

36. Gedenken – Bedenken

Was wäre die offizielle Geschichte eines Landes, gäbe es nicht Gedenktage. 1988 gedachte die Republik des Endes Österreichs: „Finis Austriae“. Mitten in der Waldheim-Affäre war dieses Jahr ein Anlass, selbstkritische Formulierungen zu finden, die für die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Literatur alles andere als neu waren; die aber bis dahin nicht zur offiziellen österreichischen Position gehört hatten. Bis dahin war es üblich, dass jede österreichische Regierung sich auf die Formulierung der Moskauer Deklaration von 1943 berief, die Österreich zum „ersten Opfer“